

„Unser Geld ist verbrannt worden“

FRIESENHAGEN Bündnis „Unser Wasser“: Warum sauberes Wasser einen unangenehmen Beigeschmack haben kann

Erzwungene Proben belegen die Güte des Brunnenwassers.

Die aber stand für das Bündnis schon vorher fest.

damo ■ Knapp 50 umfangreiche Wasserproben haben ergeben, dass das Trinkwasser aus den Brunnen im Wildenburger Land einwandfrei ist: Was auf den ersten Blick wie eine rundum gute Nachricht klingt, hat einen unangenehmen Beigeschmack. Denn die Betreiber der Brunnen sind bekanntlich von der Kreisverwaltung gezwungen worden, die teuren Wasserproben durchzuführen. Und durch das Ergebnis der Proben fühlt sich das Bündnis „Unser Wasser“ in seiner Einschätzung bestätigt, dass die aufwändigen Laboranalysen völlig überzogen sind: „Hier wurde nicht mit Kanonen, sondern mit Haubitzen auf Spatzen geschossen.“

Auf diesen Nenner bringt es Christoph Gehrke, Vorsitzender des Vereins. Und zugleich macht er unmissverständlich klar: „Unser Kampf für eine akzeptable Lösung endet erst dann, wenn sie erreicht ist.“ Im Gespräch mit der SZ klärte Gehrke zum einen über den aktuellen Sachstand auf. Zum anderen erneuerte er seine Kritik an der Kreisverwaltung und dem Landrat. Und zu guter Letzt legte er auch seine grundsätzlichen Kritikpunkte an der EU-Gesetzgebung dar, auf deren Basis der Kreis Altenkirchen die sogenannten großen Wasserproben verlangt hat.

Zur Erinnerung: Mit bis zu 25 000 Euro Strafe hatte die Kreisverwaltung den Brunnenbesitzern gedroht, wenn sie nicht bis zum Jahresende 2014 die geforderten Untersuchungsergebnisse vorlegen würden. Gegen diese „strukturelle Gewalt“ sei man nicht angekommen, sagt Gehrke: Zähneknirschend hätten sich die Vereinsmitglieder des Bündnisses gefügt und die geforderten Proben durchgeführt. Besagte Proben, bei denen das Brunnenwasser auf rund 70 verschiedene Schadstoffe untersucht werden, gehen weit über die bislang üblichen kleinen Wasserproben hinaus. Diese waren jährlich für rund 120 bis 150 Euro zu haben; die große Probe belastet jeden einzelnen Brunnenbesitzer mit rund 1000 Euro. Und nach Gehrkes Aussagen ist es keineswegs mit einer einzigen großen Probe getan: Mindestens alle drei Jahre, vielleicht sogar häufiger, müsse das Wasser im großen Stil untersucht werden.

Das wiederum führe zu unverhältnismäßig hohen Belastungen der Brunnenbetreiber – insbesondere für Kleinabnehmer. Gehrke berichtet von einem Nachbarn, der jährlich rund 50 Kubikmeter Wasser aus seinem Brunnen holt – jeder einzelne wird durch die große Wasserprobe um knapp 20 Euro teurer. Und eigene Brunnen seien ohnehin schon zig-fach teurer als der Anschluss ans Wassernetz, erklärt Gehrke mit Verweis auf die Betriebs- und Wartungskosten der Brunnen.

Diese enormen finanziellen Belastungen seien mit dem Landeswassergesetz schlichtweg nicht mehr in Einklang zu bringen: Dort ist festgelegt, dass die Wasserversorgung eine Pflichtaufgabe einer Kommune ist – und nur dann Dritte (also Brunnenbetreiber) herangezogen werden dürfen, wenn die Bedingungen für sie angemessen sind. Führt man sich vor Augen, dass der Kubikmeter im Kreis durchschnittlich weniger als zwei Euro kostet, erscheint es in der Tat kaum vorstellbar, dass der Gesetzgeber mit dem Wörtchen „angemessen“ Summen von 20 bis 30 Euro pro Kubikmeter meinen könnte.

Unter anderem mit dieser Argumentation war das Bündnis vor den Kreisrechtsausschuss gezogen – und gescheitert. Nur



Der Streit um die Wasserproben für die Brunnen im Wildenburger Land geht in die nächste Runde: Das Bündnis „Unser Wasser“ hat bereits Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Archivfotos: dpa

wenige Tage nach der Anhörung im Dezember kam der ablehnende Bescheid. Für das Bündnis war das keine Überraschung: „Die Kreisverwaltung argumentiert immer mit präventivem Gesundheitsschutz und damit, dass sie gezwungen sei, übergeord-



Das Trinkwasser aus den Brunnen im Wildenburger Land muss nach aktuellem Stand der Dinge auf etwa 70 kritische Inhaltsstoffe untersucht werden.

nete Gesetze umzusetzen“, sagt Gehrke. Beide Argumente kann das Bündnis aber so nicht akzeptieren: Nach Auffassung des Vereins hat die kleine Probe völlig ausgereicht – und wenn schon eine große Probe durchgeführt werden muss, hätte man den Betroffenen Kosten ersparen können, indem zuerst nur stichprobenartig einzelne Brunnen untersucht worden und nur bei kritischen Befunden flächendeckend geprüft worden wäre. „Wir haben hier keine intensive Landwirtschaft und keine Chemieunfälle. Es war doch von vornherein klar, dass die Proben ergeben würden, dass unser Wasser in Ordnung ist“, sagt Stefan Sommerfeld, der sich ebenfalls im Bündnis engagiert: „So ist unser Geld verbrannt worden.“

Er kann auch zum Argument der Kreisverwaltung, dass man keinen Ermessensspielraum habe, etwas beitragen – denn Sommerfeld steht im engen Austausch mit anderen Bürgerinitiativen im Bundesgebiet. „Und die bestätigen uns allesamt, dass unser Kreis das sehr straff handhabt. Die schütteln den Kopf darüber, wie unser Gesundheitsamt vorgeht.“

Christoph Gehrke indes wirft der Kreisverwaltung vor, die politische Dimension des gesamten Themas (siehe Kasten auf dieser Seite) komplett auszublenden. Diese Kritik ist vor allem an den Landrat adressiert: „Er ist nicht nur Behördenchef, sondern politischer Wahlbeamter. Er hat eine politische Verantwortung für alle

Bürger, aber diese Verantwortung hat er gescheut.“ Liebers Amt erlaube ihm, sich politisch zu positionieren, aber: „Er hat sich nie mit unseren Argumenten befasst und lehnt jede politische Diskussion ab.“ Für das Bündnis ist das nicht akzeptabel.

Kein Wunder also, dass das Bündnis jetzt nicht lockerlässt. Denn zum einen sei das Thema ja keineswegs mit einer einzigen 1000-Euro-Probe erledigt; zum anderen fühlen sich die Brunnenbetreiber nach wie vor ungerecht behandelt. Ergo sind die Klagen (sowohl für gewerblich genutzte als auch für private Brunnen) beim Verwaltungsgericht bereits eingereicht.

Zudem will der Verein weiter auf allen Ebenen Druck aufbauen – unter anderem auch auf die Verbandsgemeinde. Schließlich ist es deren Pflichtaufgabe, die Wasserversorgung sicherzustellen. „Und das gilt nicht nur für den Innenbereich der Dörfer“, sagt Gehrke. Neben den Gremien der Verbandsgemeinde befasst sich laut Gehrke auch der Infrastrukturausschuss des Landes mit dem Anliegen der Brunnenbetreiber – und die werden die Arbeit der Politiker kritisch beäugen: „Man muss auf allen Ebenen weiter bohren. Fakt ist: Wir werden jetzt kontinuierlich nachlegen und offensiv auftreten.“

Das weitere Procedere will das Bündnis im Detail auch bei seiner nächsten Versammlung abstimmen: Am Dienstag, 3. Februar, tagen die Bündnis-Mitglieder um 20 Uhr im Bürgerhaus Steeg.

Daniel Montanus

Bündnis wirft Landrat Wortbruch vor

Massive Kritik muss Landrat Michael Lieber einstecken: Ihm wirft das Bündnis einen Wortbruch vor. Bei einem Gespräch im Februar zwischen Vertretern des Bündnisses und der Kreisverwaltung sei mit dem Landrat eine inoffizielle Absprache getroffen worden. Laut Gehrke sei verabredet worden, dass das Bündnis sich mit öffentlicher Kritik zurückhalte und die Kreisverwaltung im Gegenzug keine Proben erzwingen werde, solange das juristische Verfahren laufe. Aber schon im Juli – also wenige Wochen nach der Kommunalwahl – habe die Kreisverwaltung doch die Proben eingefordert. Diese Schilderung Gehrkes bestätigten weitere Teilnehmer der Runde im Wesentlichen. Mit diesem Vorwurf konfrontiert, hat die Kreisverwaltung der SZ eine Stellungnahme des Landrats zukommen lassen: „Bis zu einer abschließenden juristischen Klärung in Sachen Trinkwasser-Untersuchungspflicht kann es Jahre dauern. Da jedoch der Kreisverwaltung eine Garantstellung für die Gewähr-

leistung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung obliegt, mussten die Untersuchungen nunmehr zum Jahresende 2014 von den Brunnenbetreibern durchgeführt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass seit Inkrafttreten der Trinkwasserverordnung bereits mehr als zwei Jahre ohne umfassende Untersuchungen der Wasserqualität vergangen sind, kann die Beprobung im Sinne des präventiven Gesundheitsschutzes nicht weiter aufgeschoben werden. Deshalb wurde auch der sofortige Vollzug angeordnet. Darauf hat die Kreisverwaltung immer wieder sehr deutlich hingewiesen. Den Vorwurf des Wortbruchs weise ich aufs Stärkste zurück. Diejenigen, die das behaupten und immer wieder versuchen, auf Zeit zu spielen, wollen die betreffenden Brunnenbetreiber verunsichern und gefährden damit die Gesundheitsvorsorge ihrer Mitmenschen. Im Übrigen haben mittlerweile die meisten Brunnenbetreiber ihre Untersuchungsergebnisse vorgelegt.“

Die Brunnen und der Kapitalismus

Die Forderung nach einer großen Wasserprobe stützt die Kreisverwaltung auf eine Änderung des EU-Rechts – dort sind die Spielregeln verschärft worden. Christoph Gehrke hält die Brüsseler Gesetzgebung für fehlerhaft; er beklagt, dass dahinter Methode stecke:

► Mit der Gesetzesnovellierung gehe die EU nur gegen Symptome vor, nicht aber gegen die Ursachen. So versuche die neue Trinkwasserverordnung an keiner Stelle, die Verschmutzung des Trinkwassers durch Industrie und intensive Landwirtschaft einzudämmen. Vielmehr bürde das Gesetz die Verantwortung für die Reinhaltung des Brunnenwassers ausschließlich den Brun-

nenbetreibern auf. Das sei eine Abkehr vom Verursacherprinzip.

► Zugleich führe das Gesetz zu einer Verschiebung von Zuständigkeiten nach unten. Gehrke ist davon überzeugt, dass diese Gesetzgebung einem ungezügelter Kapitalismus das Feld bereiten solle: „Die Motivation ist die Privatisierung des Trinkwassers“, ist sich Gehrke sicher. „Das ist Salami-Taktik: Durch eine ständige Erhöhung der Standards wird es für kleine Brunnenbetreiber immer schwerer, eine eigene Wasserversorgung aufrechtzuerhalten. Diese Gesetzgebung ist für die Industrie gemacht und richtet sich gegen kleine Strukturen.“